

**ARGUMENTATIONSHILFE**

**Fluchtursachen  
bekämpfen –  
nicht Geflüchtete**

***DIE LINKE.***

## THEMA

### FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN – NICHT GEFLÜCHTETE!

Immer mehr Menschen werden zur Flucht gezwungen. Krieg, ökonomisches Elend, Unterdrückung, Terror, Klimazerstörung – die Ursachen sind zahlreich. Als LINKE setzen wir uns für globale Bewegungsfreiheit ein. Wir wollen aber auch, dass Menschen dort leben können, wo sie geboren sind. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, damit die Menschen wirklich eine Wahl haben.

Die BRD ist Weltmeister beim Export von Fluchtursachen. Die deutsche Wirtschaft verdient als Nr. 4 der größten Waffenexporteure an Kriegen weltweit mit. Die Freihandelsabkommen zwischen der EU und Afrika zerstören dort die lokalen Ökonomien, die Landwirtschaft bricht unter dem Druck europäischer Billigexporte in vielen Regionen zusammen. Exportsubventionen für die deutsche Fleischindustrie tragen dazu bei. Unter miserablen Arbeitsbedingungen werden durch deutsche und europäische Unternehmen Bodenschätze ausgebeutet. Zurückbleiben zerstörte Landschaften. Hinzu kommen die eskalierenden Folgen von Interventionen und Klimaverschmutzung. Einfach nur mehr Entwicklungshilfe zu fordern, hilft dagegen nicht. Wir müssen eine solidarische Weltwirtschaftsordnung schaffen, die für alle Länder eigenständige Entwicklung ermöglicht. Deswegen fordern wir u.a.: ein Lieferkettengesetz ohne Lücken, Kooperations- statt Freihandelsabkommen und einen Ausgleichsmechanismus für Handelsungleichgewichte.

#### Was sagen die anderen?

Fluchtursachen bekämpfen wollen alle, doch oft folgt wenig aus den Lippenbekenntnissen. Auch **SPD** und **Grüne** wollen zwar mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit und soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards (inklusive Beschwerde- und Sanktionsmechanismen) in Handelsabkommen verankern. Zudem wollen sie private Schiedsgerichte abschaffen. Doch **CDU** und **FDP** wollen eine verschärfte Standortkonkurrenz, Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit an strategische Außenwirtschaftsförderung binden und die Empfängerländer deutschen Vorgaben unterwerfen.

#### LINKE Gegenargumente

Unter dem SPD-Außenminister sind die Waffenexporte nicht geringer geworden. Das wird auch den Grünen in Koalition mit Union und Liberalen nicht anders gehen. Die Vorstellungen von CDU und FDP haben nichts mit Solidarität zu tun, sondern folgen neokolonialer Machtkalkül. Gelder für Entwicklungshilfe sollen davon abhängig gemacht werden, dass diese Staaten sich den außenpolitischen Interessen Deutschlands und der EU unterwerfen, den Transit von Flüchtlingen und Migranten unterbinden und ihre Märkte für Produkte aus Europa öffnen. Das fördert dort lediglich korrupte Eliten, die selbst ihren Teil an der Ausbeutung ihrer Länder ergattern wollen. Die nächsten Krisen sind so vorprogrammiert.